

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 61 (1969)
Heft: 11

Artikel: Die Gewerkschaften heute und morgen
Autor: Wüthrich, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354413>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Gewerkschaften heute und morgen ¹

Die Gewerkschaften im Kreuzfeuer

Die Gewerkschaften befinden sich seit Jahren in einem zunehmenden Kreuzfeuer. Bei einem Gemisch von vorbehaltloser Anerkennung, wohlwollender Kritik, Ablehnung und Verleumdung haben sie ihren Auftrag zu erfüllen. Bisweilen wird behauptet, sie seien – wie übrigens auch andere Wirtschaftsverbände – eine Gefahr für die Demokratie. Der Primat der Politik werde durch die starken Verbände in Frage gestellt. Dazu ist zu sagen, dass sich der verstärkte Einfluss der Wirtschaftsverbände auf die von Volk und Ständen gebilligten Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung stützt. Das vorparlamentarische Gesetzgebungsverfahren, insbesondere das Vernehmlassungsrecht beim Erlass von Ausführungsvorschriften, hat sich in der Praxis bewährt. Die Verbände verfügen über bestens qualifizierte Fachleute. Ist es so abwegig, wenn auch der Staat von ihrem Wissens- und Erfahrungskapital profitiert? Wollte er darauf verzichten, so brauchte es einen viel grösseren Apparat von staatlichen Fachleuten. – Eine «Gefahr für die Demokratie» sind jedenfalls die freien Gewerkschaften nicht. *Seit eh und je haben sie sich als starkes Bollwerk gegenüber diktatorischen Tendenzen und Uebergriffen erwiesen.* Nicht umsonst wurden in allen vergangenen und noch bestehenden Diktaturen immer zuerst die Gewerkschaften zerschlagen oder mit der politischen Macht gleichgeschaltet.

Die internationale Stellung

Die schweizerischen Gewerkschaften geniessen in der internationalen Gewerkschaftsbewegung einen guten Ruf. Zahlreiche internationale Berufssekretariate wurden und werden von Schweizern geleitet. Bisweilen wird allerdings die schweizerische Gewerkschaftspolitik von ausländischen Gewerkschaften mit einem gewissen Misstrauen verfolgt. Ist eine Gewerkschaft, die auf Streiks verzichtet, überhaupt noch glaubwürdig? Die schweizerischen Gewerkschaften verzichten grundsätzlich gar nicht auf das Streikrecht (das Friedensabkommen in der Metall- und Uhrenindustrie ist zeitlich begrenzt). Sie sind jedoch bestrebt, Konflikte – wenn immer möglich – durch Verhandlungen auszutragen, notfalls unterstützt von der vertraglichen Schlichtungsinstanz und vom Schiedsgericht. *Nicht in der Anwendung des Streikrechts kommt die Stärke der Gewerkschaften zum Ausdruck, sondern in ihrer Fähigkeit, die gestellten Aufgaben zu erfüllen.*

¹ Zusammenfassung des Referates, gehalten am Gewerkschaftskongress vom 16. bis 18. Oktober 1969 in Montreux.

Die Gewerkschaften in der Wirtschaft

Stabil ist die gewerkschaftliche Zielsetzung: die soziale und kulturelle Besserstellung der Arbeitnehmer und ihre volle Integration in die menschliche Gesellschaft. Die konkreten Lösungen sind der steten Entwicklung, der technisch bedingten Umstrukturierung unterworfen. Die Mechanisierung und Automatisierung ermöglichen es, mit weniger Arbeitskräften immer mehr zu produzieren. In diesem Schrumpfungsprozess des sekundären Beschäftigungssektors liegt für die betreffenden Gewerkschaften eine gewisse Tragik. Denn er ist auch eine Folge des harten gewerkschaftlichen Kampfes für den Aufstieg der Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften haben durch das Vernehmlassungsrecht und die Mitarbeit in wichtigen Kommissionen einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Wirtschaftspolitik. Damit übernehmen sie aber auch mehr Verantwortung.

Der Gesamtarbeitsvertrag

Die lokalen, regionalen, kantonalen und gesamtschweizerischen Gesamtarbeitsverträge ermöglichen besser als ein Gesetz die Anpassung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die gegebenen Verhältnisse. Zurzeit gibt es in der Schweiz rund 1500 solcher Verträge; sie regeln die Arbeitsbedingungen von über 1,5 Millionen Arbeitnehmern. Für das öffentliche Personal bestehen Besoldungsgesetze bzw. -ordnungen.

Das wichtigste Ergebnis der Vertragspolitik ist der Arbeitsfriede. Die vertragliche Friedenspflicht bedeutet aber keineswegs Verzicht auf Gerechtigkeit in der Verteilung des Wirtschaftsertrages. *Der Preis dafür sind fortschrittliche Lohn- und Arbeitsbedingungen und ein weitgehendes Mitspracherecht in innerbetrieblichen, arbeitsorganisatorischen Angelegenheiten.* Der Erfolg dieser Politik lässt sich sehen. Seit dem Abschluss der längerfristigen vertraglichen Vereinbarungen in der Maschinen-, Metall- und Uhrenindustrie im Jahre 1937, denen eine Reihe anderer Industrien und Gewerbe folgten, sind durch gewerkschaftliche Aktionen die Nominallöhne, einschliesslich Sozialleistungen, annähernd verfünffacht worden. Die wöchentliche Normalarbeitszeit erfuhr eine Verkürzung um vier Stunden und der Ferienanspruch eine Erhöhung von knapp einer Woche auf über drei Wochen im Durchschnitt. Daraus resultiert, dass die nominalen Wochenverdienste heute um 360 Prozent höher sind als vor 32 Jahren. Berücksichtigt man die inzwischen eingetretene Teuerung, so haben die *Wochenverdienste durchschnittlich um das Zweieinhalbfache zugenommen.*

Die unsichtbaren Streiks

Nach der Ansicht des Wirtschaftspublizisten Edmond Tondeur muss der rege Personalwechsel in der Schweiz teilweise als eine Art kalten Streiks aufgefasst werden. Bei den Fluktuierenden handelt es sich nämlich auch um Unzufriedene, falsch Eingestufte und schlecht Geführte, also um Arbeitnehmer, denen die Arbeit, der Arbeitsplatz oder die Behandlung nicht passt. Wenn berücksichtigt wird, dass 10 bis 15 Prozent des Personalwechsels unvermeidbar sind (Weiterbildung, Berufswechsel, Aufstieg), kostet der übrige Arbeitsplatzwechsel die schweizerische Wirtschaft noch immer rund eine Milliarde Franken; das sind Kosten, die bei einer auf bessere Zusammenarbeit beruhenden Personalpolitik mindestens teilweise vermieden werden könnten.

Die Arbeitsmarktpolitik

Der Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Verbände haben rechtzeitig und eindringlich vor einer Ueberfremdung unserer Wirtschaft gewarnt. Erst als sich das Ausländerproblem zu einem gesellschaftspolitischen Kropf zu entwickeln drohte, ergriff aber der Bund Massnahmen. Doch war und ist die Verminderung der Ausländerbestände nicht so einfach durchzuführen, weil Arbeitsplätze und Aufträge da sind. Man konnte auch nicht jahrelang Ausländer beschäftigen und ihre Familienprobleme ausklammern. *Als Gewerkschafter waren und sind wir verpflichtet, auch die menschlichen Aspekte zu berücksichtigen.* Der Gewerkschaftsbund hat deshalb dem Einwanderungsabkommen zugestimmt. Die Folge dieser menschenrechtlichen Notwendigkeit war ein Ansteigen der ausländischen Bevölkerung. Diese stieg von 860 000 im Jahre 1966 auf 952 000 im Jahre 1968. Das hat der «Antiausländerbewegung» Auftrieb gegeben. Zuerst lancierten die Zürcher Demokraten eine Initiative zur Begrenzung des Ausländerbestandes, und als diese auf Grund der bundesrätlichen Massnahmen zurückgezogen worden war, trat Nationalrat Schwarzenbach mit seiner «Nationalen Aktion gegen die Ueberfremdung von Volk und Heimat» in die verlassenen Fussstapfen. Mit einem Volksbegehren verlangt er innert vier Jahren eine Begrenzung der Ausländerbestände in den Kantonen auf 10 Prozent der schweizerischen Staatsangehörigen (Kanton Genf 25 Prozent). Ausgenommen würden Saisonarbeiter, Grenzgänger, Studenten, Touristen, internationale Organisationen, diplomatische und konsularische Vertretungen, Wissenschaftler, Künstler, Altersrentner, Kranke, Erholungsbedürftige, Pflege- und Spitalpersonal sowie internationale charitative und kirchliche Organisationen.

Auf Grund der Initiative Schwarzenbach müsste der Ausländerbestand um rund 310 000 Personen abgebaut werden. Da von der

ausländischen Bevölkerung Ende 1968 292 000 die Niederlassung be-
sassen, müsste sich der Abbau auf die rund 581 000 anrechenbaren
Jahresaufenthalter beschränken. Durch die kantonale Kontingentie-
rung auf 10 Prozent würden die Industriekantone besonders stark
betroffen. Die Abbauquoten der Kantone würden von 0 bis 100 Pro-
zent der derzeitigen kontrollpflichtigen Aufenthalter betragen. Der
Kanton Zürich müsste z. B. innert vier Jahren schätzungsweise
etwa 82 000 Kontrollpflichtige abbauen. *Man kann sich ein Bild
über die Konsequenzen machen, wenn man sich vorstellt, dass die-
ser Abbau etwa der fünffachen Gesamtbelegschaft (Arbeiter und
Angestellte) der Gebr. Sulzer AG in Winterthur entspricht.* Die
Annahme der Initiative würde auch für viele einheimische Arbeit-
nehmer katastrophale Folgen haben.

Das gewerkschaftliche Nein zur Schwarzenbach-Initiative bedeu-
tet aber nicht, dass man der Entwicklung einfach den Lauf lassen
dürfe. *Unsere Forderung auf Stabilisierung und schrittweise Norma-
lisierung durch eine verschärfte Zulassungspraxis und einen weite-
ren Ausbau der Freizügigkeit (Entplafonierung weiterer Jahrgänge)
bleibt bestehen.* Dadurch würden schlecht geführte Betriebe ge-
zwungen zu rationalisieren oder aufzugeben. In beiden Fällen wür-
den Arbeitskräfte frei für die zeitgemässen Industrie-, Gewerbe- und
Dienstleistungsstrukturen. Diese Massnahmen, verbunden mit inten-
siveren Bestrebungen zur Assimilierung, wären dazu geeignet, die
Atmosphäre zu entschärfen.

Die gewerkschaftliche Abstinenz

Gute Berufsarbeiter haben immer mehr die Möglichkeit, in das
untere und mittlere Kader aufzusteigen. Für die Gewerkschaften ist
damit vielfach der Verlust ihrer fähigsten Mitglieder verbunden,
ohne dass von unten ein qualitativ und zahlenmässig gleichwertiger
Nachschub gewährleistet ist.

Dieser Nachschub müsste von den Ausländerbeständen her erfol-
gen. Trotz hauptamtlichem Einsatz von italienischen Funktionären
ist es jedoch nicht gelungen, über 20 Prozent im Durchschnitt hin-
auszukommen. Vielfach haben die ausländischen Arbeitskollgen an-
dere Vorstellungen über die gewerkschaftlichen Aufgaben, und es
spielen auch sprachliche Schwierigkeiten eine Rolle. Da und dort
besteht aber auch eine überhebliche Ablehnung gegenüber den Aus-
ländern. Sie werden nur mit grösster Zurückhaltung und Distanz
akzeptiert; das ermuntert nicht zum Beitritt zur Gewerkschaft.

Noch eher schlechter als bei den Ausländern ist der Organisations-
grad bei den Frauen; auch bei den jungen Arbeitnehmern ist einiges
aufzuholen.

Was ist zu tun? Wir dürfen vor allem nicht alles, was die Auslän-
der, die Frauen und die Jungen zu sagen haben, in den Wind schla-

gen. Wenn diese erklären, sie hätten ja ohnehin nichts zu sagen, dann ist das ein ernst zu nehmender Einwand.

Die Grenzen zwischen den Arbeitern und Angestellten sind fließender geworden. Gut qualifizierte Arbeiter bekommen in immer grösserer Zahl den Status der Angestellten. Der Gewerkschaftsbund wird zur Abklärung der damit zusammenhängenden Fragen eine Expertenkommission einsetzen. Je nach Ergebnis der internen Untersuchung wird sich das Bundeskomitee zu entscheiden haben, ob Kontakte mit der Spitzenorganisation der Angestellten aufgenommen werden sollen und inwieweit eine engere Zusammenarbeit wünschbar und möglich wäre.

Fazit

Die Gewerkschaften werden täglich mit strukturellen Veränderungen und Entwicklungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat konfrontiert. Ich erwähne den technisch bedingten Schrumpfungsprozess im Sekundärsektor, seine Auswirkungen auf die Belegschaftsstrukturen, den quantitativ ungenügenden Nachschub an Arbeitskräften von unten, den Griff auf die ausländischen Arbeitsmärkte, die Ueberfremdungsgefahr, die gewerkschaftliche Abstinenz grosser Teile der Ausländer, Frauen und Jugendlichen, die geschmälerete Basis der Gesamtarbeitsverträge und des Arbeitsfriedens und das systematische Kreuzfeuer der verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Gruppierungen und Einzelpersonen.

Die Gewerkschaften haben sich im Sinne ihres Auftrages mit diesen und allen nichtgenannten Problemen auseinanderzusetzen und Lösungen zu suchen. Der heutige Arbeitnehmer begnügt sich nicht mehr mit der mehr oder weniger guten Lösung der Magenfrage. *Er will als Mensch und Bürger in den Mittelpunkt der Probleme und Entwicklungen gestellt werden.* Das erfordert, dass er durch seine Gewerkschaft in allen Fragen, die seinen Lebensbereich berühren, mitreden, mitberaten, mitgestalten und mitbestimmen kann. Er ist auch bereit und in der Lage, die ihm dadurch auferlegte Verantwortung zu tragen.

Es geht also um die Vollintegration der Arbeitnehmer aller Stufen in die moderne Gesellschaft. Dazu bedarf es guter beruflicher Grundlagen und einer intensiven gewerkschaftlichen Schulung der Mitglieder. Denn im beruflichen und gewerkschaftlichen Wissen und Können liegt der Schlüssel für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg der Arbeitnehmerschaft. Es bedarf aber auch der Anerkennung der gewerkschaftlichen Ordnungsfunktion durch die Arbeitgeber. All das ist jedoch nur Stückwerk, solange Hunderttausende von in- und ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Gewerkschaftsbewegung fernbleiben. Unser alter und immer wieder neuer Auftrag liegt deshalb in der *Mitgliederwerbung*. Das Solidaritätsbewusstsein muss durch eine zielgerichtete Aktivität

neu belebt und in die Köpfe und Herzen der Unorganisierten hineingetragen werden. Nur so ist es möglich, die heute und morgen auf uns zukommenden Aufgaben in gewerkschaftlichem Sinne zu lösen. Ich rufe Euch deshalb zu: Steigt ein in diese schwere und schöne Aufgabe! Der Erfolg ist Euch sicher. Ernst Wüthrich, Bern

Bildungspolitik und Gewerkschaften ¹

Die Gewerkschaften haben Bildungsfragen seit eh und je ins Zentrum ihrer Tätigkeit gerückt. So leisteten sie beispielsweise auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung Pionierarbeit. Davon zeugen die zum Teil über hundertjährigen Arbeiterbildungsausschüsse und die noch älteren Arbeiterbibliotheken, aber auch die beträchtlichen Summen, welche die Gewerkschaften jährlich für die Bildungsarbeit aufwenden.

Sollte und könnte jedoch heute nicht noch mehr getan werden? Da wäre z. B. die Schaffung der immer noch fehlenden zentralen Gewerkschaftsschule. Die Gewerkschaften haben bis jetzt wohl auch zu wenig die Einheit unseres gesamten Bildungssystems und damit die Notwendigkeit einer gesamtheitlichen Bildungskonzeption betont. Sodann hat man in unsern Reihen die Hochschulfragen allzu einseitig nur unter dem Blickwinkel der Aufstiegsmöglichkeiten für Arbeiterkinder gesehen, als ob der Weg zu einem breiten Allgemeinwissen nur über die Hochschule möglich wäre. Der Bildungsgrad eines Volkes hängt nicht so sehr davon ab, ob ein oder zwei Prozent mehr Jugendliche eine Hochschule absolvieren, sondern vielmehr vom allgemeinen Bildungsstand des ganzen Volkes. Wenigen Akademikern stehen ungleich mehr Arbeiter, Angestellte, Bauern, Techniker gegenüber. Sie alle sichern in ihrer Gesamtheit den politischen und wirtschaftlichen Weiterbestand unseres Landes.

Die Gewerkschaften sind bereit, am Ausbau einer fortschrittlichen Bildungspolitik mitzuarbeiten. Das Bundeskomitee wird eine

Kommission zum Studium bildungspolitischer Fragen

schaffen, wie das ein Antrag des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes verlangt. Diese Kommission soll

- das schweizerische Schulsystem im Hinblick auf die Berufsschulen, die Mobilität der Arbeitnehmer und den Zugang für Arbeiterkinder zur höheren Schulbildung untersuchen;

¹ Gekürzte Fassung des Referates, gehalten am Gewerkschaftskongress vom 16. bis 18. Oktober 1969 in Montreux.